

# SPD demokratischer pressediens

F/XXX/46

7. März 1975

Vor dem Wahltag in Rheinland-Pfalz

Schlägt der Udenkungsprozess für die SPD noch durch?

Von Wilhelm Dröbcher MdL  
Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD und  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Kohls Finanzminister hat keine Übersicht

Das Drama des Johann Wilhelm Gaddum aus Mainz

Von Rainer Offergeld MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister  
der Finanzen

Seite 3 und 4 / 64 Zeilen

CDU-Innenminister Schwarz und die innere Sicherheit

Was den Lesern der Springerschen "Bild"-Zeitung ver-  
schwiegen wurde

Von Herbert Bermeitinger  
Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Seite 5 / 42 Zeilen

"JUSO-SCHÜLER-EXPRESS" rollt an

Nullnummer der Juso-Schülerzeitung ausgeliefert

Von Joachim Hofmann  
Schülerreferent beim SPD-Parteivorstand im Bundes-  
sekretariat der Jungsozialisten

Seite 6 / 29 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressenhaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 32 80 37 - 38  
Telefax: 04 66 648 - 48 pbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11

Vor dem Wahltag in Rheinland-Pfalz

Schlägt der Umdenkungsprozeß für die SPD noch durch ?

Von Wilhelm Dröcher MdL

Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen SPD und  
Mitglied des SPD-Präsidiums

Am 9. März wählen die Wahlberechtigten von Rheinland-Pfalz ihren neuen, den achten Landtag. Die Sozialdemokraten wissen, daß sie es in der bundespolitischen Situation, in der diese Wahl stattfindet, nicht leicht haben werden, jene hervorragenden Positionen zu halten, die sie vor vier Jahren mit rd. 40,5 vH der Stimmen und mit 42 der 100 Mandate erreichten; auch die 45,9 vH der Stimmen für sozialdemokratische Kandidaten bei der Bundestagswahl am 19. November 1972 sind unter den heutigen Bedingungen nicht zu schaffen.

Gleichwohl: Bis unmittelbar vor der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden konnte die SPD in Rheinland-Pfalz damit rechnen, kaum wesentlich schlechter abzuschneiden als vor vier Jahren, denn die Meinungsumfragen bestätigten, was jeder Wahlkämpfer draußen im Lande zunehmend verspürte: Ein Tendenzumschwung zugunsten der SPD und zu Lasten der CDU hatte begonnen. Die christlichen Demokraten lagen zwar noch wie vor deutlich in Führung, aber sie hatten gegenüber November 1974 vier Punkte in der Wählergunst verloren. Ob diese günstige Veränderung durchgehalten werden wird, weiß heute jedoch niemand. Das Wahlergebnis in Berlin deutet eher in eine andere Richtung. Eine perfide und scheinheilige Propaganda der Union hat außerdem die neue Lage schamlos ausgenutzt.

Allerdings: Es ist auch nicht auszuschließen, daß viele Bürger klar erkennen, daß in dieser schwierigen Situation der letzten acht bis zehn Tage eigentlich nur die Sozialdemokraten und die führenden Männer der sozial-liberalen Bundesregierung die Nerven behalten haben, was doch wohl das Gebot der Stunde war.

Nicht wenige Wähler, bis hinein in das Reservoir der CDU, die über die

Befreiung von Peter Lorenz Genugtuung empfinden, müssen - wenn sie ehrlich sind - erkennen, daß weder Großsprecher wie Dr. Helmut Kohl noch Scharfmacher wie Franz Josef Strauß und Dr. Alfred Dregger das Leben des Berliner CDU-Politikers retteten, sondern ein Mann wie der christliche Sozialist Heinrich Albertz und Männer wie Klaus Schütz, Prof. Dr. Maihofer und Helmut Schmidt, die den Weg der Menschlichkeit gingen, obwohl bereits zu erkennen war, daß ein großer Teil der Unions-Politiker die Befreiungsmaßnahmen zugunsten von Peter Lorenz zur offenen und zur Flüsterpropaganda gegen einen angeblich zu schlappen und zu nachgiebigen Staat benützen würden.

Der Umdenkungsprozeß ist in diesen Tagen sichtlich in Gang gekommen. Wenn er schon durchschlägt, könnte sich dies für die Parteien der sozial-liberalen Koalition am Sonntag auch in Rheinland-Pfalz positiv auswirken - trotz der Millionen, die die CDU investierte, um Kohl eine bessere Ausgangsposition gegenüber seinem Kanzlergegenkandidaten Dr. Gerhard Stoltenberg zu verschaffen.

Interessant wird der Wahlausgang besonders auch für die FDP wegen ihrer Aussage, eine Koalition mit der CDU einzugehen, falls Kohls Partei die absolute Mehrheit verfehlen sollte. Für die Freien Demokraten war dies, das dürfte sich zeigen, ein Spiel mit dem Feuer. Denn die FDP ist nach dem letzten Wahlergebnis wie auch nach den Meinungsumfragen knapp bei fünf vH angesiedelt, so daß jede, wie immer geartete, Koalitionsaussage unter dem Damoklesschwert der Fünf-vH-Klausel erfolgen mußte.

Das Wort hat nunmehr der Wähler.

(-/7.3.1975/ks/pr)

+ + +

### Kohl's Finanzminister hat keine Übersicht

#### Das Drama des Johann Wilhelm Gaddum aus Mainz

Von Rainer Oppergeld MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen

Der CDU-Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz, Johann Wilhelm Gaddum, hat sich in den letzten Wochen so widersprüchlich zur Steuerreform geäußert, daß Zweifel an seinem Sachverstand aufkommen müssen. Und das, obwohl ihm die wohl aufwendigste Steuer-Beratergruppe aller Landesregierungen zur Verfügung steht.

Nicht nur, daß er sich offenbar weder mit sich selbst noch mit seinem Partei- und Regierungschef Dr. Helmut Kohl einigen kann, ob die Steuerreform nun gut oder schlecht sei: Im "Rheinischen Merkur" vom 28. Februar 1975 nannte er sie leistungsfreundlich, zur gleichen Zeit in einem Brief an die "Lieben Mitbürger" in Rheinland-Pfalz leistungsgerecht. Währenddessen rief Dr. Kohl am 18. Februar 1975 lautstark nach einer Sachverständigenkommission zur Korrektur einer Steuerreform, die er im Juli 1974 noch als einen "vernünftigen Kompromiß" bezeichnete.

Landesfinanzminister Gaddum kennt aber offenbar nicht einmal die Beschlüsse, die in seinem Auftrag gefaßt werden, und die Briefe, die in seinem Auftrag sein Ministerium verlassen: Am 7. Mai 1971 hatte der Mainzer Staatssekretär Dr. Schreiner im Auftrag von Gaddum auf einer Konferenz der Finanzminister der Länder für die Beibehaltung der Proportionalzone beim Einkommensteuertarif gestimmt. Der seinerzeitige Vorschlag Gaddums hatte nämlich wörtlich gelaute: "Wir meinen, daß mit einer Neugestaltung der genannten Steuerklassen in Richtung auf eine schärfere Anspannung der Tarife ein Weg gefunden werden könnte, auf dem das Problem der Nachforderungen auf Dauer gesehen in der Praxis bewältigt werden könnte. Eine solche Lösung könnte im übrigen m.E. auch mithelfen, die noch bestehenden Bedenken gegen die Einführung eines durchgehend progressiven Tarifs weitgehend zu zer-

streuen...". Der Vorschlag zur Neugestaltung der Steuerklassen stand also keineswegs unter der Bedingung eines durchgehend progressiven Tarifs, wie Gaddum dies heute behauptet, sondern sollte beiläufig dessen Einführung erleichtern.

Dem aufmerksamen Betrachter bleibt allerdings unverständlich, warum Gaddum in Unwahrheiten zu flüchten versucht. Jedem Kundigen ist nämlich klar, daß die Neueinteilung der Steuerklassen auch bei der Einführung eines durchgehend progressiven Tarifs zu den zu Jahresbeginn von einigen beklagten Folgen (höhere Einkommensteuerebzüge bei Arbeitnehmer-Ehegatten) geführt hätte. Die Übergangsschwierigkeiten der letzten Monate wären also auch bei einem durchgehend progressiven Tarif eingetreten. Aufgrund seiner Äußerungen der letzten Wochen muß man also leider davon ausgehen, daß Gaddum dies nicht ganz überieht.

Die Bundesregierung hatte ihren Gesetzentwurf nach diesem Beschluß ausgerichtet. Da kam Landesfinanzminister Gaddum auf den Vorschlag der "Eberhard-Kommission" zurück, einen durchgehend progressiven Tarif einzuführen. Erst als er einsehen mußte, daß sich angesichts der enormen Verwaltungsprobleme nicht einmal seine CDU/CSU-Kollegen mit diesem Vorschlag anfreunden konnten, hatte er daraus im Bundesrat am 12. Juli 1974 wieder Zukunftsmusik gemacht. Jetzt fällt ihm sein unrealistischer Vorschlag wieder ein ("Bonner Rundschau" und "Frankfurter Rundschau" vom 18. Februar 1975, "Rheinischer Merkur" vom 28. Februar 1975). Er mußte nämlich zur Kenntnis nehmen, daß ausgerechnet sein Ministerium die neuerdings für ihn so unwillkommene Neugestaltung der Steuerklassen ausgelöst hatte. Mit Schreiben vom 7. Mai 1973 an das Bundesministerium der Finanzen hatte sich nämlich das Finanzministerium Rheinland-Pfalz für eine "Neugestaltung der genannten Steuerklassen in Richtung auf eine schärfere Anspannung der Tarife" ausgesprochen. Und am 20. Dezember 1973 hatte der Bundesrat mit den Stimmen des Landes Rheinland-Pfalz beschlossen: "Der Bundesrat begrüßt die im Entwurf vorgesehene Neugestaltung der Lohnsteuerklassen, weil sie zu einer Verminderung der Nachforderungsfälle führt".

Als sich zu Beginn des Jahres die Neueinteilung der Lohnsteuerklassen bei Arbeitnehmer-Ehegatten als eine unpopuläre Maßnahme erwies, wollte der Mainzer Landesfinanzminister Gaddum von seinen früheren Vorschlägen nichts mehr wissen. Um sich vor der Verantwortung zu drücken, scheute er auch vor nachweisbar unwahren Behauptungen nicht zurück. So wollte er der Öffentlichkeit weismachen, daß er bei seiner "Zustimmung zu der jetzt getroffenen Einteilung in die Steuerklassen...zur Bedingung gemacht (hatte), daß ein durchgehend progressiver Tarif...eingeführt wird". ("Bonner Rundschau" vom 18. Februar 1975).

Diese Behauptung ist schlicht unwahr.

(-/7.3.1975/ks/pr)

+ + +

CDU-Innenminister Schwarz und die innere Sicherheit

Was den Lesern der Springerischen "Bild"-Zeitung verschwiegen wurde

Von Herbert Bermeitinger

Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz

Ausgerechnet der rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz, der gleichzeitig auch Vorsitzender des CDU-Bundesausschusses für Fragen der inneren Sicherheit ist, hat den Staat zum Handeln aufgefordert, "bevor der nächste Repräsentant des Staates exekutiert wird". Als Forum für seine Ratschläge suchte Kohl-Intimus Schwarz die "Bild"-Zeitung aus, also eines jener Organe, die seine Fehlleistungen bei der Verfolgung der Baader-Meinhof-Terroristen im Herbst vergangenen Jahres systematisch verschwiegen hatten.

Man erinnert sich: Als die Innenminister von Bund und Ländern Mitte November 1974, unmittelbar nach der Ermordung des höchsten Berliner Richters, des Günther von Drenkmann, neue Maßnahmen gegen die Terroristen beschlossen hatten - so eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und den Schlag gegen Randgruppen der Terroristen im Rahmen der "Aktion Winterreise" - war es Kohls Innenminister gewesen, der aus purer Wichtigtuerei und um Bundesminister Prof. Dr. Werner Maihofer einen möglichen publizistischen Erfolg zu nehmen (wie er selber in einem Interview zugab) fremdes und amtlich für geheim erklärtes Polizeimaterial aus anderen Bundesländern auf den publizistischen Markt brachte und so den Terroristen wertvolle Hinweise auf den Stand der polizeilichen Erkenntnisse bei der Verfolgung vermittelte. Da die "Bild"-Zeitung und andere es übersehen oder vergessen haben dürften, kann es nicht oft genug wiederholt werden: Seit der Veröffentlichung der Schwarz-Dokumente konnten die Terroristen wissen, daß es der Kriminalpolizei in monatelanger schwerer Arbeit gelungen war, ihren Geheimcode zu knacken, denn Schwarz ließ in der ersten Fassung seiner Veröffentlichung erkennen, daß man das verschlüsselte Notizbuch der Terroristin Angela Luther (die als Hauptfigur bei der Entführung von Peter Lorenz gilt) dechiffriert und zahlreiche Namen Beteiligten entziffert hatte. Schwarz nannte sogar die genaue Zahl: 26!

Und auch dieses hat der "Sicherheitsminister" von Rheinland-Pfalz die Terroristen wissen lassen: Daß es gelungen sei, einen Agenten in die Gänge einzuschleusen, der die Terroristen schon im vergangenen Jahr bei den Vorbereitungen von Entführungen, Geiselnahmen und Fluchtwegen in den Nahen Osten beobachtete, also bei der Vorbereitung jener Verbrechen, die jetzt eine so traurige Aktualität erhalten haben.

Noch trauriger ist es allerdings, daß der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl, der zurzeit mindestens einmal täglich die Autorität des Staates beschwört und mit seinem Innenminister Schwarz nach mehr Sicherheit ruft, genau diesen Minister deckt, der sich von Generalbundesanwalt Siegfried Bubeck acht Tage vor der Lorenz-Entführung sagen lassen mußte, daß sich sein Verhalten "verhängnisvoll" auswirken könne und daß der Hinweis auf das Luther-Tagebuch "unerträglich" gewesen sei. Dies und noch mehr hat die CDU und hat die "Bild"-Zeitung bisher systematisch verschwiegen.

(-/7.3.1975/bgy/pr)

+ + +

"JUSO-SCHÜLER-EXPRESS" rollt an  
-----

Nullnummer der Juso-Schülerzeitung ausgeliefert

Von Joachim Hofmann

Schülerreferent beim SPD-Parteivorstand im

Bundessekretariat der Jungsozialisten

Der SPD-Vorstand hat die Nullnummer einer zentralen Schülerzeitung der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD vorgelegt: "JUSO-SCHÜLER-EXPRESS".

Die etwa 300 aktiven Juso-Schülerprojektgruppen, die Schülerzeitungen und Schülervertretungen sollen damit für ihre praktische Arbeit Unterstützung bekommen. Die Jungsozialisten haben schon seit langem betont, daß für sie Schülerarbeit weniger die Vertretung ständischer Interessen von Gymnasialen ist; für sie kann die praktische Schülerarbeit nicht auf den Bereich der gymnasialen Oberstufe beschränkt bleiben.

Deshalb wendet sich auch "JUSO-SCHÜLER-EXPRESS" in der sprachlichen Gestaltung und von der inhaltlichen Orientierung bereits an Schüler am Abschluß der Mittelstufe (14jährige und älter) und an Auszubildende an berufsbildenden Schulen.

Die zentrale Schülerzeitung ist ein Multiplikatorenorgan, d.h. sie wendet sich schwerpunktmäßig an Schüler, die die angebotenen Informationen zur Meinungsbildung unter Schülern nutzen können. Deshalb ist der Adressatenkreis "Schülerzeitungen" besonders wichtig. Hier können Artikel aus der Zeitung direkt reproduziert und auch konkrete Darstellungen aus der örtlichen Situation ergänzt werden.

Inhaltlich geht es dem "JUSO-SCHÜLER-EXPRESS" um drei Schwerpunkte. Erstens will die Zeitung zur allgemeinen politischen Information in Schwerpunktbereichen beitragen; so findet sich in der Nullnummer der Zeitung z.B. ein faktenreicher Artikel über das Jungwählerverhalten. Zweitens sollen in dieser Zeitung die konkreten Interessen der Schüler zur Sprache kommen; hier finden sich Artikel zur Bildungspolitik und zum Jugendfreizeitbereich. Im Mittelpunkt der Nullnummer steht hierzu die Auseinandersetzung um die Reform der beruflichen Bildung, Jugendarbeitslosigkeit, Unterrichtsinhalte. Drittens sollen Juso-Schülergruppen mit dieser Zeitung anschaulich Arbeitsmöglichkeiten anhand von Aktionsbeispielen vermittelt bekommen.

(-/7.3.1975/ks/pr)

+ + +

("JUSO-SCHÜLER-EXPRESS" ist über das Bundessekretariat der Jungsozialisten, 53 Bonn, Postfach 651 zu beziehen.)

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller